

Es gilt das gesprochene Wort

29. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 17.04.2024

Antwort auf die mündliche Anfrage **Nr. 2** des Bezirksverordneten Elias Joswich

„Rechtsextremismus an Schulen: Wie ist die Lage in Tempelhof-Schöneberg?“

Ich danke der Abteilung Jugend und Gesundheit von Herrn Schworck für die Zuarbeit.

1. Frage

Anfang April haben die Schüler*innenvertretungen der ostdeutschen Bundesländer (inkl. Berlin) vor dem zunehmenden Rechtsextremismus an Schulen gewarnt – wie bewertet das Bezirksamt vor diesem Hintergrund die Lage an den Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen in Tempelhof-Schöneberg?

Antwort auf 1. Frage

Auf Nachfrage bei der für innere Schulangelegenheiten zuständigen regionalen Schulaufsicht wurde mitgeteilt, dass im Bezirk Tempelhof-Schöneberg aktuell keine rechtsextremistischen Aktivitäten an Schulen mitgeteilt worden sind.

Die Abteilung Jugend und Gesundheit, zuständig für die Kinder- und Jugendeinrichtungen, teilt dazu mit, dass alle Mitarbeitenden des Jugendamtes sensibilisiert sind für besondere Vorkommnisse und geschult im Umgang mit Aktionen im Bereich des Rechtsextremismus, das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Jugendfreizeiteinrichtungen. Es besteht ein

enger Austausch sowohl der Einrichtungen untereinander als auch der Einrichtungen mit der Jugendamtsleitung. Spätestens seit dem vergangenen Herbst und den Entwicklungen im Nahen Osten sind die Einrichtungen noch aufmerksamer in Bezug auf alle denkbaren politischen Auseinandersetzungen und berichten dazu auch regelmäßig. Eine Lage, wie sie die Schülerinnen- und Schülervertretungen beschrieben haben, kann für die Jugendfreizeiteinrichtungen in Tempelhof-Schöneberg nicht bestätigt werden.

2. Frage

Wie hat sich die Zahl formell aufgenommenen/angezeigter rechtsextremistischer Vorfälle in den letzten fünf Jahren an den Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg entwickelt?

Antwort auf 2. Frage

Es wird zu dieser Thematik in der zuständigen regionalen Schulaufsicht keine Statistik geführt. Eine Abfrage an den bezirklichen Schulen zu möglichen Entwicklungen ist in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Die Abteilung Jugend und Gesundheit teilt hierzu mit, dass dort keine rechtsextremistischen Bedrohungen bekannt sind, die Jugendfreizeiteinrichtungen haben daher auch keine Vorfälle zur Anzeige gebracht.

1. Nachfrage

Welche Maßnahmen ergreift das Bezirksamt, um rechtsextremistisches Gedankengut an den Schulen sowie den Kinder- und Jugendeinrichtungen des Bezirks zu bekämpfen und vorzubeugen?

Antwort auf die 1. Nachfrage

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg entscheiden die Schulen eigenverantwortlich über präventive Maßnahmen auch im Entgegenwirken rechtsextremen Gedankenguts. Die regionale Schulaufsicht berät die Schulleitungen gerne in diesem Prozess.

Viele bezirkliche Schulen engagieren sich im Netzwerk „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“. Auch die Schülerschaft ist aktiv. Gemeinsam mit anderen Bezirken wird aktuell vom bezirklichen Bezirksschülerausschuss eine Demonstration gegen Rechtsextremismus geplant.

Darüber hinaus ist es beispielsweise ein Anliegen des Schüler*innen-Haushalts, den Schülerinnen und Schülern der bezirklichen Schulen schon früh ein Gespür, Wissen und die

Wichtigkeit über demokratische Prozesse nahe zu bringen, um eben unter anderem rechtsextremistische Tendenzen zu erkennen und ihnen entgegen zu treten.

Aus der Abteilung Jugend und Gesundheit wurde gearbeitet, dass das Jugendamt sowohl in Bezug auf die regelmäßige Schulung der Mitarbeitenden aller Einrichtungen als auch hinsichtlich der Angebotsformen der Jugendarbeit seit vielen Jahren aktiv ist im Sinne der Prävention bzw. Verhinderung rechtsextremistischer Ausprägungen. Die Einrichtung und Förderung eines Kinder- und Jugendparlaments im Bezirk entspringt beispielsweise nicht nur dem Gedanken der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sondern fördert explizit die Demokratiebildung, das Verständnis und die Einübung demokratischer Prozesse und die sachliche Auseinandersetzung mit Argumenten. Die Erinnerungskultur wird regelmäßig mit Stolperstein-Putzaktionen gepflegt, an denen auch das Kinder- und Jugendparlament teilnimmt bzw. mit dazu aufruft.

Die Fachsteuerung Jugendförderung nimmt am Programm „Demokratie leben“ teil. Für Angebote der politischen Bildungsarbeit stehen im Haushalt des Jugendamtes Mittel für Jugendbegegnungen und -reisen an Gedenkorte wie z.B. nach Ravensbrück zur Verfügung, die immer abgerufen werden.

Für die Akteure der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit werden regelmäßig Fachtage zum Thema angeboten, die auch praktische Übungen beinhalten. Die Kolleginnen und Kollegen der Jugendsozialarbeit an Schulen sind intensiv in die Regionalen Arbeitsgemeinschaften des Jugendamtes eingebunden und nehmen dort an der kollegialen Beratung teil.

Bezirksstadtrat Tobias Dollase